

# Die Gewerkschaft.

Organ für die Interessen der in Gemeindebetrieben beschäft. Arbeiter und Unterangestellten.  
Publikations-Organ der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint alle 14 Tage Sonntags.  
Bezugspreis 80 Pf. pro Vierteljahr.  
Einzelnnummer 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:  
**Franz Voersch,**  
Berlin W. 30, Winterfeldstr. 25.

Inserate, die 3 gepaltene Zeilen  
Zeile 30 Pf.  
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pf.  
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 21.

Berlin, den 20. Oktober 1901.

5. Jahrg.

## Die nächsten Aufgaben der Berliner Filialen.

Am 30. September fand in Berlin eine kombinierte Versammlung aller Filialen statt, die sich mit dem oben genannten Thema beschäftigte.  
Der Verbandsleiter Herr Voersch referierte über dasselbe und machte ungefähr folgende Ausführungen:  
Die Bewegung der städtischen Arbeiter besteht in Berlin ungefähr seit 1/2 Jahrzehnt. Mit dem bisherigen Resultat derselben könne man zufrieden sein. 1896 seien 50 Mann organisiert gewesen, heute dagegen 2500. Auch materielle Erfolge wären erzielt worden. Trotzdem sei erst die kürzliche Sitzung des Rates zurück gelegt, der zurück gelegt werden müßte, wenn man eine wirkliche durchgreifende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeiführen wolle. Im März des vergangenen Jahres habe eine öffentliche Versammlung aller Berliner städtischen Arbeiter stattgefunden, die eine Reihe von Forderungen aufstellte. Sie lauteten:

### 1. Arbeitsordnungen.

In allen städtischen Betrieben sind für diejenigen Personen, welche ein jährliches Einkommen von unter 2000 Mk. haben und nicht die Beamtenqualifikation besitzen, Arbeitsordnungen zu erlassen, welche das gesamte Lohn- und Arbeitsverhältnis behandeln.  
Diese Arbeitsordnungen sollen namentlich nähere Bestimmungen über folgende Punkte haben:

- Eintritt in die Beschäftigung (Papier, Alter etc.)
- Beziehung des Arbeitsverhältnisses (Kündigung und Entlassung).
- Arbeitszeit (Anfang, Pausen und Ende).
- Sonntagsruhe oder andere Ruhetage.
- Höhe der Löhne resp. Gehälter.
- Abrechnung und Auszahlung der Löhne.
- Strafen.
- Verminderung, Urlaub und Krankheit.
- Arbeiterauschüsse.
- Beschneidungsverhältnisse.
- Arbeitsnachweis.

### 2. Kündigungsfrist.

Für alle Arbeiter ist nach einjähriger Dienstzeit eine vierwöchentliche Kündigungsfrist einzuführen.

### 3. Entlassungen wegen Arbeitsmangel.

Müssen Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen werden, so sind jenseit die zuerst Eingestellten zu entlassen.

### 4. Lohnfragen.

Erhalten Arbeiter ein und derselben Kategorie verschiedene Löhne, so sind Lohnskalen nach dem Dienstalter festzusetzen.

### 5. Einbehalten des Lohnes.

Mehr als drei Tage dürfen von keiner Lohnzahlung einbehalten werden.

### 6. Strafen.

Auch für diejenigen Betriebe, die der H.-G.-O. nicht unterliegen, sollen bezüglich der Höhe der Strafen die Bestimmungen des § 134 b der H.-G.-O., Abs. 6, maßgebend sein.

Die Strafgelehrten steigen der Betriebs-Krankenkasse der städtischen Arbeiter, resp. der Straßentemperier- oder Gartenarbeiter-Krankenkasse zu.

Gegen die verhängten Strafen können die Beiratsen die Entscheidung des zuständigen Arbeiterauschusses anrufen.

### 7. Urlaub.

Sämtlichen Arbeitern u. in alljährlich im Sommer zur Erholung ein Urlaub unter Weiterzahlung des Lohnes zu gewähren.

### 8. Krankheit.

Krankheit berechtigt die Verwaltung nicht, die Personen zu entlassen, sondern sie hat die Erkrankten nach ihrer Stellung weiter zu beschäftigen. Ist der Zustand des Wiederbeschäftigten ein derartiger, daß er die frühere schwere Arbeit nicht mehr machen kann, so ist er in irgend einem städtischen Ressort mit leichterem Arbeiten zu beschäftigen. Dem Erkrankten ist die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn seitens der Verwaltung auszugleichen.

### 9. Arbeiter-Ausschüsse.

In allen städtischen Betrieben sind Arbeiter-Ausschüsse auf folgender Grundlage zu errichten:  
a) Wahlberechtigt ist jede Person über 21 Jahren.  
b) Wählbar ist jede Person über 21 Jahren nach einjähriger Beschäftigung.  
c) Ausschüsse müssen sofort stattfinden, wenn zwei Mitglieder derselben dieses beantragen oder von den vertretenen Arbeitern gewünscht wird.

- alljährlich sind die Mitglieder des Ausschusses neu zu wählen.
  - Zu der Tätigkeit des Ausschusses gehört auch die Entscheidung über festgesetzte Strafen.
10. Arbeitsnachweis.

Die Stadt errichtet einen Arbeitsnachweis, an dessen Verwaltung die Arbeiter mitbeteiligt sind. Jede städtische Verwaltung, die Arbeiter braucht, hat von diesem die selben zu entnehmen. In der Verwaltung, die Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen muß, hat dieses zeitig dem Arbeitsnachweis mitzuteilen, damit derselbe eventuell in anderen städtischen Betrieben Unterkunft finden kann.

Der Arbeitsnachweis hat in aller erster Linie Arbeiter zu beschäftigen, die in Berlin und Umgegend lebhaft sind.

Diese Forderungen sollen dem Magistrat unterbreitet werden, welches jedoch nicht geschehen ist. Das Stadtverordneten-Kollegium legte nämlich kurz darauf aus seiner Mitte einen Ausschuss zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter ein, weshalb man Mitarbeiter unterbreitet. Aus den Verhandlungen des erwähnten Ausschusses ist jedoch für die städtischen Arbeiter nicht viel herausgekommen. Eine generelle Regelung des Arbeitsvertrages hat man abgelehnt. Arbeiter-Ausschüsse sollen aber in allen städtischen Betrieben geschaffen werden, welche ihren Behörden die Wünsche der Arbeiter unterbreiten können.

Sonderbar muß es nun berühren, daß gerade Herr Stadtrat Kamblan sich als Vertreter des Magistrates für die Schaffung der Arbeiter-Ausschüsse einsetze. Herr Stadtrat ... sei in sozialvoluntärer Beziehung einer der realistischsten Mitglieder des Berliner Magistrats. Zwar nicht in seinen Standpunkt nicht durch Anwendung brutaler Gewalt zu verteidigen, sondern durch seine Diplomatie. Auch mit den Arbeiter-Ausschüssen habe er unbedingt Unterzogen. Er ist im Grunde seines Herzens gegen jede Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter; das kann er aber nicht zu öffentlich erklären. Darum tritt er für die Arbeiter-Ausschüsse ein, um dann hinter verschlossenen Türen unter allen möglichen und unmöglichen Gründen die Forderungen der Arbeiter ablehnen und wirkliche Zugeständnisse auf Jahre hinauschieben zu können. Herr Stadtrat Kamblan spezifiziert nicht ganz falsch, wenn er es tadelt, daß in den wichtigsten Berliner Betrieben Arbeiter vorhanden sind, die es in geistiger Beziehung mit ihren Vorgesetzten aufnehmen können. Diese werden dabei die Arbeiter-Vertreter in den Ausschüssen einmündig über die Arbeiter-Vertreter in den Ausschüssen nicht zu erkennen, daß die Tätigkeit der Arbeiter-Ausschüsse möglichst eingeschränkt und sie zu bloßen Jalous-Maschinen herabgewürdigt. — Deshalb müßten die Berliner städtischen Arbeiter den beschriebenen Forderungen eine Stütze durch die Rechnung machen. Das sollte auf folgender Weise geschehen: Die Berliner Filialen schaffen sich eine Zentralstelle, welche namentlich folgende zu erledigen hat: Abhalten von Konferenzen mit den Ausschüssen der einzelnen Betriebe. In diesen Konferenzen wäre zunächst festzustellen, welche Forderungen unseres Programms bereits verwirklicht und welche nicht. Die Zentralstelle hätte dann die notwendigen Schritte nach dem Maßstab anzufertigen, die noch nicht zu erledigenden Forderungen zu begründen, sowie die erforderlichen Sitzungen für die Ausschüsse zu beantragen. Außerdem müßte die Zentralstelle dabei gehend tätig sein, daß die Bestimmungen in den Reglementen der schon bestehenden Arbeiter-Ausschüsse aufgehoben wird, welche bedenklich sind. Die einzelnen Arbeiter betreffen, nicht behandelt werden dürfen. 75 Pct. aller Differenzen sind mindestens p. ständiger Natur und sollen die Ausschüsse wirkliche Arbeiter-Vertretungen sein, so müßte diese Bestimmung fallen. Die Zentralstelle hätte dann nach den stattgefundenen Verhandlungen der Arbeiter-Ausschüsse mit ihrer vorgelegten Forderung, wieder mit denselben zu konferieren. Hierbei wären die Resultate der Verhandlungen mitzuteilen, zu erörtern und die eventuell weiteren notwendigen Schritte festzusetzen. Außerdem müßte die Zentralstelle die Tages- und Jahressitzungen über die sich abspielenden Dinge laufend unterrichten. Ferner wären die notwendigen Eingaben an die Deputationen, den Magistrat und das Stadtverordneten-Kollegium anzufertigen. Unsere Forderungen müßten sachgemäß alle Instanzen nacheinander durchgeföhrt werden. Dann müßten von Seiten der Zentralstelle kombinierte Sitzungen der Ausschüsse arrangiert und erforderliche statistische

Erhebungen über die Lage der einzelnen Arbeiterkategorien veranstaltet werden. Das ganze Vorgehen der gesamten Ausschüsse ist also von einem Zentralpunkte aus zu leiten, um die städtischen Behörden planmäßig in die Enge zu treiben, so daß sie früher oder später unsere Forderungen berücksichtigen müssen.

Andererseits hätten die Berliner Filialen demnach noch weitere Aufgaben zu erledigen. Die Pensionen der städtischen Arbeiter eingeführt werden. Damit ist jedoch noch nicht gesagt, daß nun auch wirklich alle invaliden Arbeiter und die Hinterbliebenen in den B. d. G. der Rente gelangen werden.

Im Gegenteil muß man annehmen, daß die einzelnen Verwaltungen durch alle möglichen Schiebungen es versuchen werden, ihre Staats nicht allzu sehr mit den Renten zu belasten. Dafür sprechen die Erfahrungen anderer Orte und auch einige Dinge, die sich bereits in Berlin abgepielt haben.

Es müßten also die Rentenbedürftigen in ihrem Bestreben von sachkundiger Seite unterstützt werden. Angeregt sei eine planmäßige Agitation unter den Arbeitern der Hof- und Gärten-Anlagen, Straßenreinigung, Fremdenbureau etc. und in den schwachen Filialen zu unternehmen. Ferner müßten mehrere Filialen in verwaltungsgerechter Beziehung unterstützt werden; außerdem wären die kombinierten Versammlungen zu veranstalten, um für weitere Klärung Sorge zu tragen.

Um alle diese Aufgaben ordnungsgemäß zu erledigen, müßten die Berliner Filialen, wie alle anderen größeren Gewerkschaftsorganisationen in Berlin, ein eigenes Bureau errichten und einen besoldeten Beamten anstellen. Nun ist unter den Berliner Filialen gerade keine besondere Sympathie für die Anstellung eines eigenen Beamten vorhanden. Man verleihe, daß der Verbands-Vorstand die fraglichen Arbeiten mache. Man hat die Frage aufgeworfen: „Was thut denn eigentlich der Verbands-Vorstand?“ Dieses beweise, daß viele Berliner Verbandskollegen sich nur ungenügend um die gewerkschaftliche Bewegung kümmern — im Grunde genommen ist nur ein Beamter für den Verband nötig. Die Hälfte der Arbeitkraft von Voersch geht mit den Redaktionen, Expeditions- und Verlagsarbeiten für die „Gewerkschaft“ drauf. Dann brauche demnach die Hälfte seiner Tätigkeit für die Krankengeld-Zuschlagkasse.

Es ist die Korrespondenz zu erledigen. Vom April 1900 bis 25. September d. J. haben 10714 Postsendungen von der Zentralstelle ausgegangen. Diese Briefe müssen geschrieben, kopiert und registriert werden. Jede Postsendung ist unter Angabe des Adressaten, des Datums etc. zu schreiben. Das Material ist einzusparen, Rechenzettel zu schreiben, die Sendung zu buchen und zur Post zu befördern. Unfall Termine hätte der Verbands-Vorstand wahrzunehmen, die notwendigen Schriftstücke dazu anzufertigen.

Gewichtstermine seien wahrzunehmen, Konferenzen mit Rechtsanwältinnen sind ebenfalls abzuhalten. Die Vorträge, welche der Verbandsleiter in Agitations-Versammlungen, halte, müßten ausgearbeitet werden. Die Dispositionen für die Vorstandssitzungen und sonstige Konferenzen seien zu treffen. Bei Sitzungen sind Listen zu verwenden, zu buchen, die Entscheidungen in Empfang zu nehmen, Mahnschriften zu richten und die Abrechnungen anzufertigen. Die Quartals-Abrechnungen, ihre Führung, Aufstellung etc. nehmen viel Zeit in Anspruch zumal ein großer Teil der Abrechnungen im unvollständigen Zustande einläuft und dabei viel Schreibereien zur Klärung der Differenzen notwendig wären. Dann kommen die Agitationsstunden hinzu. Für junge Filialen wären Pensionen anzufertigen. Alle Ausgaben hätte der Verbands-Vorstand Streitzetteln in einzelnen Filialen zu schicken und viele, viele andere Dinge seien zu erledigen. — Schon aus Verechtigkeitsgründen gegenüber den anderen Filialen konnte der Verbands-Vorstand nicht die fraglichen Arbeiten für die Berliner Filialen übernehmen, ganz abgesehen davon, daß er gar nicht die Zeit hierzu habe. Die Berliner Filialen müßten ihre eigenen städtischen Arbeiten selbst erledigen, genau so wie das die auswärtigen Filialen thun. Nun vertritt ein eigenes Lokal-Bureau mit einem Beamten letztendlich keinen Zweck. Es müßten die Beamten hier für eine Woche zu haben. Gegen eine derartige Ersatzkraft würde man sich nicht nur; man rede davon, daß wir schon ungenügend hohe Beiträge zahlen. Das stimmt nicht. Wie die letzte Veröffentlichung der General-Kommission beweist, gehören wir zu den Verbänden, die am aller wenigsten



tionen z. selbst aufzulegen oder sie auf ihre eigenen Kosten anfertigen lassen und finden das ganz in der Ordnung, da es in allen anderen Verbänden auch so ist.

In Berlin VII verlangt man dagegen trotz der „großen Intelligenz“, daß dieses Alles der Verbands-Vorstand für sie mache! Schon in den Berliner Vertrauensmänner-Sitzungen habe ich zahlungsmäßig nachgewiesen, daß der Verbands-Vorstand für den einmütigen Ort Berlin von 1899 bis Ende 1900 vier Mal so viel an Versammlungen, Konferenzen, Petitionen, Besuchen z. geleistet hat, als wie für alle auswärtsigen Filialen zusammen.

So geht es nicht weiter! Wir sind eine demokratische Organisation und danach haben alle Orte die gleichen Rechte.

Daß wir verlangen haben, alle eingehenden Berichte zu müssen den Regeln der Orthographie z. entsprechen. — Ich für in's Reich der Fabeln. Die Herren werden wahrscheinlich baldigt die Güter haben und uns nachweisen, wo und wann wir solche Forderungen aufstellen. Derartige Unrichtigkeiten würde man sich in „Rassubien“ wahrscheinlich nicht leisten.

Wenn man dann ferner eine Resolution gegen mich angenommen hat, so glaubt man wahrscheinlich, mich damit zu fräntzen. Wie's ja gar nicht! Das macht mir Spaß, unbändiger Spaß! — Man scheint in Berlin VII trotz der „großen Intelligenz“ nicht einmal zu wissen, daß der Verbands-Vorstand noch aus anderen Personen besteht, als wie aus meiner Wenigkeit und daß anderseits ein Verbands-Ausschuß existiert. An diese Körperschaft muß man sich wenden, wenn man gegen mich etwas hat; dazu sind sie vom Verbande geknüpft worden. — Dann hat man ferner in der Versammlung gegen mich den Vorwurf erhoben, daß ich der Filiale VII große Nachteile zugefügt habe.

Damit die gerühmte Intelligenz von Berlin VII einmal in ihrer ganzen Glorie strahle, will ich auf die Angelegenheit eingehen, die man damit meint.

In der ersten Hälfte des vergangenen Jahres sah sich die Filiale Berlin VII genötigt, einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Man versuhr nun dabei nicht etwa derartig, wie man es bei solchen Angelegenheiten schon in „Rassubien“ macht, um in dem Tone von Berlin VII zu reden, indem die Filialen-Verlung sich einermagen über die Person des Kandidaten vorher klar wurde, sondern überließ dieses dem Zufall. Man wählte denn auch zum Vorsitzenden einen Mann, der sich zu diesem Posten so gut qualifizierte, wie der Post zum Wärtner. Als dieser nun den Vorfall in Händen hatte, betrieb es ihm, die Rolle eines unumschränkten Herrschers spielen zu wollen. Er unterbreitete einer Mitglieder-Versammlung folgenden Antrag:

„Die Mitglieder sind nicht berechtigt, in den Versammlungen Anträge zu stellen. Beobachtungen, Anträge einzubringen, so müssen sie diese erst dem Vorstände unterbreiten. Dieser entscheidet darüber, ob sie zur Verhandlung gelangen sollen oder nicht.“

Nun höre man und staune! Dieser Antrag, der die Mitglieder aller ihrer Rechte beraubte, dem Vorstand die Macht des Jaren verlieh, wurde angenommen!

So geschah im Jahre 1900, in der Metropole der Intelligenz und nicht in „Rassubien“!

Es ist nun ganz selbstverständlich, daß es bald in der Filiale Berlin VII zu großem Krach kam. Der Vorsitzende spielte die Rolle des absoluten Herrschers mit einer Geschicklichkeit, als ob er einer alten absoluten Herrscherfamilie entstamme. Er allein diktierte die ganze Filiale, er sagte alle Beschlüsse; Meinungsäußerungen und Anträge der Mitglieder gab es nicht.

Als dann der Krach zu groß wurde, rief man den Verbands-Vorstand an, damit er die Karte aus dem Dick schied. In sollte.

Das Protokoll des Verbands-Vorstandes vom 25. Mai 1900 besagt darüber folgendes:

„Ein Vertreter der Filiale Berlin VII, welcher zu der Sitzung des Verbands-Vorstandes erschienen ist, äußert an, daß in jener Filiale größere Differenzen mit dem Vorstände ausgedrückt sind. Er erucht daher den Verbands-Vorstand, sich der Sache anzunehmen.“

Und im Ansehn dieser Thatsache behauptete man, daß ich die Differenzen in Berlin VII hervorgerufen hätte!

Bei den ganzen späteren Verhandlungen in der fraglichen Sache habe ich stets nur nach den Direktiven gehandelt, die mir der Verbands-Vorstand durch gefasste Beschlüsse gab und nicht eigenmächtig, wie man zu behaupten beliebt. — Gewiß ist es Thatsache, daß die Differenzen nicht in einer Weise erledigt wurden, die Alle befriedigte. Zwei Parteien standen sich gegenüber, die nicht einen Ziel dreht von ihrer vorgefaßten Meinung abwichen. Komitee der Verbands-Vorstand darüber? Derselbe soll, nachdem man solche geringen Dummheiten gemacht, auch noch als Prügelgewiss für ihre eigenen Verfehlungen gelten.

Meine Erwiderung ist etwas lang geworden, aber es ging nicht anders. Ob gerade bei derselben die Filiale Berlin VII gut wegkommen ist, das möchte ich bezweifeln. Ich bin aber nicht das Kamel, welches angefangen hat. Nichts man solche ungerechtfertigten Angriffe gegen den Verbands-Vorstand, so muß man sich auch auf eine Antwort gefaßt machen.

Fortwährend leben die Kollegen der Filiale Berlin VII ihren unrichtigen Standpunkt ein und beistehen sich zukünftig einer größeren Objektivität.

**Dr. Voersch.**  
**Hamburg.** Am Sonntag, den 28. September, fand in Schwane's Gasthause unser erstes Sitzungsfest statt. Die Betheiligung war trotz der etwas ungünstigen Zeit-

umstände eine außerordentlich starke, nahezu 600 Festteilnehmer wurden gezählt. Mit einigen Musikstücken wurde das Fest eingeleitet. Der hiesige Verbandsleiter Bürger hielt die wohlgeleitene Festrede, in welcher er die bisherige Entwicklung der Hamburger Filiale und des Gesamtverbandes schilderte. Besonders den Damen und Gassen führte der Redner die Bedeutung des Verbandes in trefflichen Worten vor und wies darauf hin, daß im Zeitalter der mächtig emporstrebenden Arbeiterorganisationen auch selbst die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Untergeordneten von den Wogen der Bewegung erfaßt worden seien. Ein hohes Ideal schwebte uns Allen vor: Veredelung des Menschengeschlechtes, und die Gemerkschaften seien gewaltige Stützpunkte dieser Bestrebungen. Für den deutschen Arbeiter sei die Mitarbeit in der Bewegung und dem Kampf ein heiliges Pflichtwort. Die Bewegung ihrem Ziele zu: Befreiung von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Der Festrede folgten nimmungsvolle Vorträge, welchen nachher in bunter Folge launige Vorträge aller Art sich angeschlossen. Das Festmahl wurde durch Verlosungen z. in jeder Weise für treffliche Unterhaltung gesorgt und darf das ganze Fest als ein äußerst gelungenes bezeichnet werden. Bis weit in den grauen Morgen hinein blieben die Kollegen mit ihren Damen, die in ihrer Weise das Fest in jeder Weise verfröhten, b. lamen und kein Miston trübte das Ganze, so daß unsere Kollegen hier sich gern der fröhlich verbrachten Stunden erinnern werden.

**Magdeburg.** Die Filiale III hielt am 5. Oktober ihre Mitglieder-Versammlung ab. Man erörterte die Frage der Beschäftigung des Gasarbeiter-Kongresses. Nach längere Auseinandersetzungen kam man zu dem Beschlusse, von der Beschäftigung des Kongresses Abstand zu nehmen.

**Anmerkung der Redaktion:** Ob der gefasste Beschluß, sich an dem Gasarbeiter-Kongress nicht zu beteiligen, gerade richtig ist, das möchten wir bezweifeln. Wird ein derartiger Kongress arrangiert, so haben, unserer Meinung nach, auch sämtliche in Gaswerken organisierten Personen die moralische Verpflichtung, sich an dem Kongress zu beteiligen. Wie ein Teil dem Kongress fern, so muß d. viele seinen Zweck verfehlen. Man kann einmal die Verhältnisse der einzelnen Orte nicht kennen lernen und gegenständig vergleichen, andererseits wird aber ein ungenügend beschäfter Kongress auch gerade nicht dazu beitragen, das Ansehen der Gasarbeiter in den Augen der städtischen Behörden zu erhöhen. — Daher wäre es wohl am Platze, daß die Kollegen der Filiale Magdeburg III sich die Sache noch einmal gründlich überlegen.

**Mannheim.** Am Samstag, den 5. Oktober, fand im Hotel F. die Versammlung der Filiale I statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches. 2. Ausschlußbericht. 3. Diskussionsfrage. 4. Bericht des Vorstands.

Der Vorsitzende eröffnet um 7 Uhr die Versammlung. Nachdem das Geschäftliche erledigt war, verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung, welches für richtig befunden wurde. Zu Punkt 2 berichtet Kollege Rubin, daß der Ausschluß beim Direktor vorstellig geworden war, wegen der Forderung der Maschinenisten und Helfer, sowie der neu eingestellten Kollegen, und zur Antwort erhalten habe, daß dieselben nach dem Statut behandelt würden. Mitteln sei die Forderung abgelehnt. Kollege Dreiß beschränkt sich, daß die Angelegenheit mit der Forderung der Maschinenisten und Helfer an ihm hängt in bliebe; erst hätten alle gesagt für sie würde nichts getan, und jetzt hätte der Herr Direktor alle darum einzeln gefragt, und darauf hätten die Betroffenen zur Antwort gegeben, sie wüßten von nichts. Deswegen wurde beschlossen, wenn wieder eine Forderung einzutreten sei, eine Liste zirkulieren zu lassen, welche Jeder unterschreiben kann, um damit sich Niemand wieder feige zurückziehen kann, wie diesmal. Punkt 3, freiwillige Krankentrolle. Es wurde von allen Seiten betont, daß die Krankentrolle für den noch einige begabte Krankentrolle anstellen möge, denn durch die freiwillige Krankentrolle würde das Vermögen zum großen Teil und der Verband dadurch geschädigt. Beim Bericht nun machte ein Kollege bekannt, daß die neue U. reuigung, welche von unserem früheren Schriftführer gestundet worden ist, mit dem Plane ungeteilt, einige in-fere wichtig sind. Diese brühte sich auch damit, daß sie den Herrn Direktor auf ihrer Seite hätte, woraus zu ersehen ist, wie heftig und diese ist. Auch wurde noch b. kann gemerkt, daß gerade diejenigen, welche im Verbands-Vorstand über ihre Beiträge begabten, zur neuen Bereinigung übergegangen sind. Es wurde darauf beschlossen, die Betreffenden nochmals an ihre Pflichten dem Verbands-Vorstand gegenüber zu erinnern, wenn das nichts hilft, dieselben im Gewerkschaftsrat mit ihren Mitständen zu veröffentlichen. Auch soll die Sache dem Gemerkschaftsrat übergeben werden.

**Regel bei Berlin.** Die hiesige Filiale hielt am 11. d. Mts. ihre Mitglieder-Versammlung ab. Sie beschäftigte sich auch unter Anderem mit der Beamtensfrage für die Berliner Filialen.

Gegen zwei Stimmen erklärte man sich für die beabsichtigte Anstellung eines besoldeten Beamten, welcher die örtlichen Angelegenheiten auf d. m. Gebiete der Agitation, des Schriftwesens z. zu erledigen hat.

**Eingesandt.**

Zum bevorstehenden Gasarbeiterkongress und der Berliner Situation möchte ich mit einigen Bemerkungen erlauben.

Es ist bedauerlich, daß die Frage immer noch nicht entschieden ist, wann der Gasarbeiterkongress tagen soll. Gerade von den Berliner organisierten Gasarbeitern hätte ich erwartet, daß sie der Sache mehr Anregung und da-

durch Richtung und Bewegung geben würden. Erstens sind die Berliner Gasarbeiter an der Zahl den anderen Filialen bedeutend überlegen und zweitens auch wohl finanziell am besten gestellt. Drittens sind sie wohl auch nicht so der Gefahr ausgesetzt, gemahregt zu werden, wie wir in Dresden, Leipzig oder anderswo. Ueberhaupt Berlin und Umgebung hat beinahe die Hälfte. Da will es mir scheinen, als wenn dorten noch lange nicht Alles so in Ordnung ist, wie es eigentlich in Berlin sein müßte.

Aber auch der Verbands-Vorstand muß getadelt werden, daß er sich der Sache nicht mehr annimmt. Das gesammelte Material über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gasanstalten konnte mehr und besser in der Gemerkschaft behandelt werden, oder ist diese Frage schon erledigt? Oder ist der Verbands-Vorstand von den Berliner Filialen so in Anspruch genommen, daß er dazu keine Zeit hat? Heraus mit der Sprache! Sollte das Letztere der Fall sein, so müssen wir ganz entschieden dagegen protestieren. Der Verbands-Vorstand ist für den ganzen Verband da und hat das Ziel der Gemerkschaft zu verfolgen.

Die Berliner sind sehr gut in der Lage, sich zwei, nicht nur einen Beamten zu leisten. Wenn sie pro Monat 10 M. Extrabezahlung erheben, b. können sie genug Geld zuammern. Auch kann von den 50 Pro. etwas dazu genommen werden. So viel Streit haben wir in Dresden mit der Anstellung eines Vorstandsmitglied nicht gehabt und haben nur 400 Mitglieder. Da war doch die Einkahlung eines Beamten viel fruchtbarer. Also Berliner Kollegen! Zeigt doch einmal, daß Ihr wirklich an der Spitze unserer Bewegung markiert; bisher können wir zu dieser Annahme leider nicht gelangen. U. g. Euch baldigt einen Beamten zu und verlaßt Euch nicht nur auf den Verbands-Vorstand.

**Z. Pischen-Dresden.**

**Anmerkung der Redaktion:** Wir bitten den Versammlungsbericht von Berlin VII nicht Erwiderung zu lesen; da wird man schon finden, was wir auf die Ausführungen des Kollegen Pischen antworten möchten.

**Erklärung.**

In einer kombinierten Versammlung der Berliner Filialen, welche am 30. September stattfand, behauptete der Verbandskollege Seck, daß der Verbandsleiter Boersch sich in einer Unsaftigkeit ihm gegenüber untorrecht benommen hätte. Der Verbands-Vorstand hat in seiner Sitzung vom 10. Oktober in Gegenwart von Seck die fragliche Angelegenheit untersucht und ist zu dem Resultat gekommen, daß Boersch nicht anders handeln konnte und Unforrechtlichkeit seinerseits nicht vorliegt.

**Der Verbands-Vorstand.**

**J. A. R. Pischen.**

Zu der obigen Erklärung des Verbands-Vorstandes gestatte ich mir noch folgendes zu bemerken: Finden in Berlin allgemeine Versammlungen statt, so verlangen von mir, in der Regel kurz vor Beginn der Versammlung, eine größere Anzahl Verbandskollegen. Auskunft in Nachfragen u. s. w. Es ist aber einfach menschlich unmöglich, in wenigen Minuten über verschiedenartige Dinge die richtige Auskunft geben zu können. Einmal muß ich ganz selbstverständlich mein Denken vor dem Beginn der Versammlung auf die Verhandlungen konzentrieren, welche in der Versammlung stattfinden sollen, zweitens müssen in Nachfragen die vorstehenden Äußerungen resp. der vorliegenden Fälle eingehend studiert werden, und drittens sind oft Weiseghörter notwendig, welche man nicht zur Hand hat. — Die Verbandskollegen, welche dabei in derartigen Dingen Auskunft wünschen, müssen sich dieserhalb an das Verbandsbureau oder an das Sekretariat der Berliner Gemerkschafts-Kommission, Angew. 15, part, auch geöffnet von 8-5 Uhr Abends, wenden, welchem die Berliner Filialen angegeschlossen sind. Hoffentlich werden sich baldigt durch die Anstellung eines Berliner Beamten bestimmte Sprechstunden auch seitens des Verbands Abends einführen lassen.

**Dr. Boersch.**

**Aus den Gemeinden.**

**Herr Paulus,** der Leiter der Berliner Desinfektionsanstalt, hat sich wieder ein Bild geleistet, welches abzuwaschen dazu angethan ist, ihn immer lächerlicher erscheinen zu lassen. Seiner Ansicht nach soll der Verbandskollege Herrmann der Verfasser jener Notizen sein, die wir in den letzten Nummern der Herrn Paulus drachten. Herrmann ist gegenwärtig beiderseitiger Krankentrolleur der Betriebskrankenkasse der Stadt Berlin. — Am 9. Oktober kirgigte Herr Paulus telephonisch das Bureau der Krankenkasse an und verlangte von Herrmann, daß er bei ihm erscheinen möchte. Herrmann lehnte dies ab, worauf Herr Paulus sagte: „Dann muß ich Sie über vorgelegten Dienstbehörde melden, da Sie eine Vertrauensstellung bekleiden.“

Herr Paulus, hören Sie denn gar nicht, das man Sie in der Dienstlichkeit bald als Huzajo betrachten wird, wenn Sie derartig gegen uns auftreten? — Wären Sie nur Herrmann selber vorgelegten Dienstbehörde, die wird Ihnen schon eine Antwort erteilen, welche Sie sich nur hinter den Spiegel stecken werden. Die vorgelegte Dienstbehörde des Herrmann ist der Krankentrollen-Vorstand, und bei dem dürften Sie schlecht ankommen.

Auch dieses Stückchen zeigt Sie wieder in Ihrer ganzen Glorie, Ihren absoluten Herrschaft und die blinde Wuth gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter.

Hoffentlich leisten Sie sich bald wieder einige tolle Sachen, da unsere Leser ein furchtbares Interesse für Sie besitzen.

**Die Mitglieder der Berliner Gewerkschaft** des sächsischen Arbeiters machen wir noch besonders darauf aufmerksam, daß am Donnerstag, den 24. Oktober, im Gewerkschaftsgebäude, Engelstr. 15, eine Generalversammlung stattfindet. In derselben will der Vorstand einen Bericht über seine bisherige Tätigkeit geben; außerdem sind einige Neuwahlen für aufgelassene Mitglieder des Aufsichtsrates und Vorstandes vorzunehmen.

Ein **scharfbar strenges Regiment** scheint in der III. Berliner Gasanstalt zu herrschen. Wegen der geringsten Verstöße sollen dort die Arbeiter oft horrenden Strafen zahlen müssen, wenigstens laufen bei uns fortgesetzt die Strafbücher ein. — So liegt uns auch jetzt wieder eine Strafbefugung der Leitung der III. Anstalt vor, die einen Arbeiter in eine Strafe von 4 Mark wegen angeblicher Gehobensverweigerung gegenüber einem Feuerpolizist nimmt und welche weiter betont, daß der betreffende Arbeiter trotz seiner langjährigen Dienstreue sofort entlassen werden wird, falls er zukünftig auch nur den geringsten Anlaß zu Klagen geben sollte.

Selbstverständlich muß in jedem Betrieb Ordnung herrschen, ob aber zur Aufrechterhaltung derselben ein derartiges strenges Regiment notwendig ist, wie es die Leitung der III. Anstalt beliebt, möchten wir denn doch bezweifeln. Es giebt sächsische Gaswerke in Berlin, die fast ohne Strafen auskommen. Warum muß gerade in der III. Anstalt solch ein Befehl verhängt werden? Dieses liegt wohl namentlich daran, weil die Betriebsleitung es sich in den Kopf gesetzt zu haben scheint, daß die tagtägliche Verfügung von hohen Strafen zu ihren notwendigen Mitteln gehört. Es soll sich ja auch einer der leitenden Herren von der III. Anstalt gegenüber dem Betriebsleiter eines anderen Werkes darüber abfällig ausgesprochen haben, daß er so wenig bestraft. — Man darf bei den meisten von unseren Aufsichtsräten beantragten Strafen dann aber auch nicht folgend & verfahren. Viele von den unteren Aufsichtsräten waren einst selbst auch nur gewöhnliche Arbeiter. Nach dem sie schließlich einen kleinen Aufsichtsposten erhalten haben, verläßt ein Teil von ihnen: in Größe, Wahn. Sie glauben nun fast eben soviel zu sein, wie der liebe Herrgott, legen sich die verächtlichen Titel zu und alle anderen Vertriebenen sollen vor ihnen im Staube liegen. Dieses Moment sollten die Verri bei Klagen auch nicht aus den Augen lassen. Hoffentlich überbricht der Betriebsleiter der III. Anstalt zukünftig das vielleicht etwas grobe, aber doch richtige Wort des großen italienischen Staatsmannes Cavour immer vor, der da sagte: „Mit Gewalt kann jeder Göt regieren!“

**Bennoberredigung und Hinterbliebenen-Versorgung für die sächsischen Arbeiter.** Nachdem eine ganze Reihe von Städten die Bennoberredigung und Hinterbliebenen-Versorgung für ihre Arbeiter eingeführt hat, kommen diese resp. ihre Hinterbliebenen öfters in die Lage, bezügliche Anträge den Behörden unterbreiten zu müssen. Da nun viele Angehörige der arbeitenden Bevölkerung mit der Feder nicht besonders Bekand wissen, hat der Verbands-Vorstand Formulare für Anträge auf Bewilligung von Hinterbliebenen- und Hinterbliebenen-Versorgung anfertigen lassen. Es sind in denselben nur wenige Worte, wie Dienstort, Namen etc., auszufüllen; der eigentliche Antrag ist gedruckt. Diese Antragsformulare können die Zitate unentgeltlich vom Verbands-Vorstande bezogen.

**Folkvorlage und sächsische Arbeiter.** Dieser Tage sind wir der „Post“ entnehmen, im kleinen Saal des Gewerkschaftsgebäudes zu Frankfurt a. M. eine Versammlung sächsischer Arbeiter statt, die nach einem Referat von Göller einstimmig folgende Resolution annahm: „Die Versammlung verurteilt den neuen Sozialtarifentwurf, protestiert entschieden gegen eine weitere Festsetzung des arbeitenden Volkes und erwartet, daß der Reichstag diesem Entwurf seine Zustimmung verweigert. Gleichzeitig bedeutet die Versammlung, daß der Frankfurter Magistrat dem Verzicht der Stadtvorstände eine Versammlung nicht begehret, in umso mehr, da die Arbeiter der sächsischen Arbeiter zu niedrig sind, daß sie keine weitere Festsetzung durch indirekte Steuern, wie die der Sozialtarifentwurf mit sich bringen würde, entgegen können, da hierdurch ihre Lebenshaltung noch mehr heruntergedrückt würde, wie dies schon jetzt ist.“

**Bundschau.**

**Sehr vernünftige Worte über Agitation und Gewerkschaften** in bezug auf die gewerkschaftlichen Organisationen finden wir in der „Mitteldeutschen Zeitung“. Es heißt dalesbit: „Auch der Agitator wird in den nächsten Jahren mehr Bedeutung zugewiesen werden müssen, als es bisher geschehen ist. Die hiesige Agitation gerät nicht mehr in Anforderung der heutigen Verhältnisse; wenn auch die Lokalagitation in Werkstätten und Versammlungen wohl für immer die elementaren Grundlagen der Agitation in sich schließt, so wird doch noch jeder Kenner dieser Verhältnisse der Überzeugung sein, daß in Sachen der Auskündigungs- und Widrigsarbeit weit mehr geleistet werden muß. Dieses wird aber nur dann möglich sein, wenn die Verbände sich entschließen, nach dem Beispiel der Metallarbeiter belobete Heftungsblätter, die ihnen einzeln in anderen Arbeiten ganz besonders die Agitation als ihre Hauptaufgabe betrachten müssen. Das kostet allerdings wiederum Geld, aber wie ich schon sagte, werden sich die Gewerkschaften an höhere Beiträge aböhnen müssen, wenn sie größere Erfolge erzielen wollen. Denn wenn die Arbeiter mit den Unternehmernorganisationen auch nur einigmaßen Schutz bieten wollen, so müssen bedeutend größere Anstrengungen zur Gewinnung der noch fernstehenden unorganisierten Kollegen gemacht werden, um wenigstens unter den bewußten Arbeitern die Arbeitswilligkeit geringer zu machen. Je größer der Prozentsatz der Organisierten

eines Berufs und je gefüllter die Verbände sind, desto größer ist auch die Macht der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern, die die Gleichberechtigung der Arbeiter werden anerkennen müssen, wenn diese zur Erreichung dieses Zieles den festen Willen und das richtige Verstandnis für die Wahl der Mittel haben.“

**Briefkasten.**

**W. in Mannheim 1.** Besten Dank für den wertvollen Artikel; derselbe muß aber wegen Raummangel leider noch zurückgelegt werden. Hoffentlich erscheint er in der nächsten Nummer. Gruß & P.

**S. Dresden, Kirscht 2.** Die eingelangten Berichte müßten leider zurückgestellt werden.

**Gerichtung.**

In dem Inserat in Nr. 20 der „Gewerkschaft“, worin dem Verbandskollegen A. Schoenbornner zu seinem 25-jährigen Dienstjubiläum gratuliert wird, muß es heißen: Der Vorstand der Filiale **Berlin 8.**

**Richtigstellung.**

In dem Versammlungsbericht der Filiale Magdeburg III in Nr. 19 der „Gewerkschaft“ muß es heißen: „Kollage“ Risse wurde als Beifüger für das G. verb. Gericht in Vorlage gebracht; ferner heißt der Verfasser des Artikels betreffend die Krankheits-Zurückfälle in Nr. 20 des Fachorgans nicht Franz Risse, sondern Franz Risse.“

**Versammlungs-Anzeiger.**

Filialen, die ihre Versammlungen regelmäßig an bestimmten Tagen abhalten, können dieselben unter dieser Rubrik bekannt geben. — Änderungen können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

**Berlin 1.** (Kasseler Arbeiter). Donnerstag, den 7. November, bei Förster, Brennpolstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1a.** (Kasseler Arbeiter). Dienstag, den 22. Oktober, bei Förster, Brennpolstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1b.** (Kasseler Arbeiter). Dienstag, den 8. November, bei Förster, Brennpolstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1c.** (Kasseler Arbeiter). 16. November, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1d.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1e.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1f.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1g.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1h.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1i.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1j.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1k.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1l.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1m.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1n.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1o.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1p.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1q.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1r.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1s.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1t.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1u.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1v.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1w.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1x.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1y.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Berlin 1z.** (Kasseler Arbeiter). Jeden Sonntag nach dem 16. des Monats, Dragendorferstr. 18. Abends 8 Uhr.

**Freie Vereinigung der sächsischen Arbeiter Württembergs!**

Die am 16. September abgehaltene Landeskonferenz erteilte dem Ortsverein Stuttgart den Auftrag, die Wahl der Verwaltung vorzunehmen.

Diese Wahl wurde in der letzten Mitglieder-Versammlung vollzogen und setzt sich nunmehr die Verwaltung zusammen aus den Kollegen:

- Karl Altwater, Vorsitzender, Ritterstr. 5.
- Gottlieb Rudolf, stellv. Vorsitzender.
- Gottlieb Müller, Kassierer, Möhringerstr. 81A.
- Karl Deyhle, stellv. Kassierer.
- Gottlieb Greiner, Schriftführer.

Briefe sind an Altwater und Greiner zu senden.

**Formulare**

für Anträge auf Bewilligung von Hinterbliebenen- und Hinterbliebenen-Versorgung können die Filialen unentgeltlich durch den Verbands-Vorstand bezogen.

**Danksagung.**

Hierdurch sage ich allen Mitarbeitern und Verbandskollegen der Filiale Tegel, welche mich aus Anlaß meines 25-jährigen Dienstjubiläums durch die vielen Beweise ehrender Anerkennung und Gratulationen beglückt haben, meinen verbindlichsten Dank.

Emil Goh.

**Bekanntmachung.**

Die Geschäftsstelle des Verbandssekretariats Hamburg für den nordwestdeutschen Verbandsbezirk befindet sich jetzt: Hamburg, St. Georg, Diemerstraße 4, parterre. Sprechstunden: Dienstags und Freitags Nachmittag von 5-7 Uhr, an den anderen Wochentagen Vormittags 8-9 Uhr.

Heinrich Bürger.

Anmeldungen von Einzelmitgliedern für den nordwestdeutschen Bezirk sind an obige Adresse zu richten.

H. G.

**U.berall**

suchen wir thätige Parteigenossen, die in den Gewerkschafts- und Volksschulungen den Einzelverkauf des bekannten humoristisch-satirischen Arbeiterblattes

**Süddeutscher Postillon**

übernehmen können. Günstige Bedingungen. Weitere Auskunft erteilt auf schriftl. Anfrage M. Graf, Verlag, München, Seefeldstr. 4.

**Ladewig's Bier-Stuben**

Kommandantenstr. 65.

Vorzügliches Weiß- und Baitrich-Bier.

Bereitungsnummer für 40 Personen.

Telephon.

Jahresliste der Freien Volkshäuser.

**Berlin Filiale IX.**

Adressen.

Den Mitarbeitern die waurige Nachricht, daß unser treuer Verbands- und Arbeitskollege

**Gustav Marx**

am 21. September 1901 plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

J. A. Der Vorstand.

**Filiale Hamburg.**

**Mitglieder-Versammlung**

am Freitag, den 25. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, bei Schwaff (Hamburger Pallhaus), Neustädterstr. 41.

**Tages-Ordnung:**

1. Vortrag des Herrn Otto Stolte, Mitglied der Hamburger Bürgerwehr, über: Soziale Kommunalpolitik.
2. Bericht des Vorstandes und Ausschussführung in Berlin in Sachen der Unterstützungsfrage. Referent: Sekretär Heinrich Bürger.
3. Bericht vom Gewerkschaftsamt II (Gewerkschaftsband). Referent: Heinrich Bürger.

Wir Mitglieder, erscheint als Mann für Mann!

**Die Bezirkerversammlung für Wilhelmshurg und die Veddel** findet am **Sonntag, den 26. Oktober 1901**, Abends 8 Uhr, Das soll nicht nur durch Vertrauensleute bekannt gegeben, sondern auch durch die Mitglieder der Filiale Hamburg. Tages-Ordnung: 1. Vortrag 2. Diskussion 3. Wahl eines Bezirksleiters 4. Mitteilungen und Verhandlungsangelegenheiten 5. Lohn- und Arbeitsverhältnisse 6. Veranstaltung eines Familien-Abends.

Wir machen unsere Kollegen auf der Veddel und Wilhelmshurg aufmerksam, daß die Bezirksversammlung nicht nur die Agitation dienen soll, sondern auch die Verhandlungsangelegenheiten sind nur die ordentlichen bezw. außerordentlichen Mitglieder-Versammlungen der Filiale Hamburg zuständig. Wer also seinen Einfluss auf die Verhandlungsangelegenheiten geltend machen will, muß stets in der Mitglieder-Versammlung teilnehmen. In der Bezirksversammlung kann in außerordentlichen Verhandlungsangelegenheiten auch Besprechungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, eventuelle Verhandlungsgegenstände und dergl. erfolgen. Beschlüsse können nur in soweit gefaßt werden, als sie lediglich Verhandlungsgegenstände oder Anträge an die Bezirks-Versammlung betreffen.

Zahlreichen Besuch beider Versammlungen erwartet

**Der Filial-Vorstand. J. A.: A. Dwenger.**

**Einführung von Säcken erwünscht!** Jeder Kollege sollte es sich zur Pflicht machen, zu diesen Versammlungen mindestens ein neues Mitglied mitzubringen.